

**Geschäftsführung
Ausschuss für Wirtschaft,
Stadtentwicklung und
Stadtmarketing**

Es informiert Sie	Petra Paßmann
Telefon (0202)	563 66 97
Fax (0202)	563 80 50
E-Mail	Petra.Passmann@stadt.wuppertal.de
Datum	01.09.05

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing (SI/3546/05) am 31.08.2005

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Jürgen Hardt ,

von der CDU-Fraktion

Herr Jochen Asbeck , Herr Ralf Geisendörfer (bis 17.50 Uhr), Herr Horst Hombrecher , Herr Michael Müller , Herr Rainer Spiecker ,

von der SPD-Fraktion

Herr Manfred Guder , Herr Klaus Jürgen Reese , Herr Oliver Siegfried Wagner , Herr Oliver Zier ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr BM Lorenz Bahr ,

von der FDP-Fraktion

Herr Jürgen Henke ,

von der WfW-Fraktion

Herr Prof. Dr. Günter Schiller (bis 17.05 Uhr), Herr Detlef Schmitz (ab 17.05 Uhr),

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Reinhard Granitzki ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Gunter Amtmann , Herr Hans-Joachim de Bruyn-Ouboter (ab 16.55 Uhr), Herr Heinz-Willi Riedesel-Küper , Herr Alexander Rocho , Herr Hugo Benten Sattler ,

von der Verwaltung

Herr Beig. Harald Bayer (GBL 1.1), Herr Beig. Thomas Uebrick (GBL 1.2), Frau Renate Galvagni (R 105, bis 17.30 Uhr), Frau Heike Hellkötter (R 105), Frau Henrike Mölleken (R 106, bis 17.30 Uhr), Herr Michael Walde (R 101), Herr Ulrich Woyk (R 302, bis 17.15 Uhr),

Gast

Herr Lietz (WiBeFö)

von der Presse

Herr Stefan Seitz (Wuppertaler Rundschau), Herr Carsten Icks (WZ)

Schriftführerin

Frau Petra Paßmann ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

I. Öffentlicher Teil

0 Zur Tagesordnung:

Der Vorsitzende Herr Stv. Hardt begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Er kündigt für die nächste Sitzung die Vorlage „Handlungsprogramm Gewerbeflächen“ an, die dann gemeinsam mit dem „Vermarktungskonzept“ sowie dem „Brachflächen-Programm“ schwerpunktmäßig diskutiert werden kann.

Er weist auf die zu Top 3. ausgelegten Tischvorlagen, den gemeinsamen Antrag der Fraktionen (VO/1070/05) und den Antrag von Herrn Stv. Müller (VO/1094) hin.

Zusätzlich liegt aus eine Vorlage der Verwaltung „Änderung der Stellplatz-Ablösungs-Satzung“, die im Anschluss an den öffentlichen Sitzungsteil unter TOP 13. behandelt werden soll. Die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Für den nichtöffentlichen Sitzungsteil kündigt er darüber hinaus eine mündliche Berichterstattung zu dem Thema „denkmalgeschütztes Gebäude in der Elias- Eller-Straße“ an.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

1 Information der Stadtverwaltung über das Gespräch mit dem Bau- und Verkehrsminister NRW am 11.08.05

Herr Beig. Uebrick informiert über die drei diskutierten Themenbereiche:

1. Schwebebahn

Bei einer Zusicherung der Stadt und der WSW AG, den Ausbau nach den vorliegenden Antragsunterlagen fertigzustellen, sollen 105 Mio € gem. Bescheid ausgezahlt werden. Über die strittigen 113 Mio € soll unabhängig von dieser Zahlung im Wege der dafür vorgesehenen Verfahren zu entscheiden (Entkoppelung).

2. Döppersberg

Der Minister sieht sich an die bisherigen Zusagen gebunden und steht aufgrund des hier bewirkten Strukturwandels auch inhaltlich zu dem Projekt. Unter Berücksichtigung der kommenden Haushaltsentscheidungen im Land sollen die zugesagten Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. Dabei wird sicher auch die Finanzierung des städtischen Eigenanteils eine Rolle spielen. Hier sind entsprechende Vorlagen der Verwaltung in Richtung Ausschuss Steuerungsgremium Regionale 2006 auf den Weg gebracht worden.

3. L 419n

Der Verkehrsminister sieht keine Möglichkeit der alleinigen Finanzierung durch das Land. Das Land wird sich daher um eine Finanzierung durch den Bund bemühen.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Reese erklärt Herr Beig. Uebrick, dass es sich um eine politische Aussage des Verkehrsministers handelt, der konkrete Lösungsansatz ist allerdings noch rechtlich zu klären. Die Verwaltung wird hier den Dialog mit den zuständigen Stellen suchen.

Auf einen Einwand von Herrn Riedesel hin macht er deutlich, dass sowohl die Mittel für den Ausbau des historischen Teils der B 7 als auch den Kreisel Hammerstein aufgrund der finanziellen Situation sowohl des Landes als auch der Stadt bereits in dem Einplanungsgespräch 2004 zeitlich nach hinten verschoben wurden.

Für ihre Fraktionen schätzen die Herren Stv. Reese, Müller, Henke und BM Bahr das Ergebnis als sehr positiv ein.

Die Ausführungen von Herrn Beig. Uebrick werden entgegen genommen.

**2 Einladung und Anfragen an den WSW Betriebsleiter der Schwebebahn
Vorlage: VO/0946/05**

Nach Mitteilung der WSW AG erscheint eine Behandlung des Themas zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht. Die bisher zurückhaltend formulierten Vorstellungen bedürfen noch umfangreicher Abstimmungen.

Es besteht Einvernehmen, das Thema in einer der nächsten Sitzungen erneut aufzugreifen.

**3 Antrag zur Tagesordnung: Tagesordnungspunkt 3.1 Bunker Platz der Republik - Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, WfW u. FDP vom 25.08.2005
Vorlage: VO/1070/05**

Am gemeinsamen Antrag der Fraktionen (VO/1070/05) beklagt die CDU-Fraktion redaktionelle Mängel. Herr Stv. Müller stellt daher einen weiteren modifizierten Antrag (VO/1094/05) zur Abstimmung. Dieser sieht eine Planung für einen Abriss des Bunkers ohne Neubebauung parallel zu einer Planung mit Bebauung durch Investoren vor.

Nach der Kritik an den vorgelegten Plänen (städtebauliche Bedenken, realistische Bedarfseinschätzung, mögliche konkurrierende Nutzungen) wird in der Aussprache deutlich, dass die Fraktionen zu einem Abriss des Bunkers und der Schaffung entsprechender Freiflächen tendieren, sofern dies finanziell machbar ist.

Herr Sattler spricht in diesem Zusammenhang auch die besondere Problematik der alteingesessenen und weltweit tätigen Storch-Gruppe an.

Nach einer intensiven Diskussion unter Beteiligung der Herren Stv. Hardt, Müller, Hombrecher, Reese, Bahr, Prof. Schiller und Henke sowie der Herren Sattler und Uebrick werden die einzelnen Punkte des gemeinsamen Antrages, des Antrages des Herrn Stv. Müller und des Antrages der Fraktion B 90/GRÜNE zur Abstimmung gestellt. Der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und –marketing formuliert daraus einen neuen Beschlussvorschlag.

Die Abstimmung zu den vorliegenden Anträgen nimmt folgenden Verlauf:

- a) Herr Stv. Bahr zieht Punkt 1. des Beschlussvorschlages seiner Fraktion (VO/0674/05) zurück.

- - -

- b) Es besteht Einvernehmen, über den Punkt 3. des gemeinsamen Fraktionsantrages (VO/1070/05) im Sinne des künftigen Punkt 1. des vom Ausschuss formulierten Beschlussvorschlages abzustimmen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Finanzierung des Abrisses des Bunkers und Neugestaltung des Platzes der Republik zu prüfen, ob für diese Maßnahme Landesmittel eingesetzt werden können.

Die mögliche Förderung durch das Land NRW ist dem Kosten- und Finanzierungsplan beizufügen.

Einstimmigkeit

- - -

- c) Es besteht Einvernehmen, unter Punkt 2 eine Aussage zum Fortgang der Planungen zu treffen. Dazu gibt es zwei Formulierungsvorschläge:

- Antrag des Herrn Stv. Müller (VO/1094/05):

Das Gebäudemanagement wird gebeten, parallel zur Planung der Bebauung einen Abriss des Bunkers ohne Neubebauung zu planen und einen Kosten- und Finanzierungsplan aufzustellen und diesen den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Ablehnung (bei sechs Stimmen der CDU-Fraktion für die Formulierung).

- Punkt 2. des Beschlussvorschlages der Fraktion B 90/GRÜNE:

Das Gebäudemanagement wird gebeten, einen Abriss des Bunkers ohne Neubebauung zu planen, einen Kosten- und Finanzierungsplan aufzustellen und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Einstimmigkeit (bei sechs Enthaltungen der CDU-Fraktion)

- - -

- d) Der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und –marketing formuliert damit folgenden **Beschlussvorschlag**:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Finanzierung des Abrisses des Bunkers und Neugestaltung des Platzes der Republik zu prüfen, ob für diese Maßnahme Landesmittel eingesetzt werden können.
Die mögliche Förderung durch das Land NRW ist dem Kosten- und Finanzierungsplan beizufügen.
2. Das Gebäudemanagement wird gebeten, einen Abriss des Bunkers ohne Neubebauung zu planen, einen Kosten- und Finanzierungsplan aufzustellen und den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bunker Platz der Republik - Antrag des Stv. Müller vom 31.08.05
Vorlage: VO/1094/05

Beratung und Beschlussfassung s. TOP 3.0 (zu VO/1070/05).

3.1 Bunker Platz der Republik
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.05.2005
Vorlage: VO/0674/05

Herr Stv. Bahr zieht Punkt 1. des Beschlussvorschlages seiner Fraktion (VO/0674/05) zurück.

Beratung und Beschlussfassung im übrigen s. TOP 3.0 (zu VO/1070/05).

3.2 Bunker Platz der Republik
Vorlage: VO/0697/05

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Sachstandsbericht entgegen.

3.3 Ergänzungsantrag zu VO/0674/05 "Bunker Platz der Republik"
Vorlage: VO/0873/05

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 31.08.2005:

3. Die Entscheidung über den Verkauf des Bunkers am Platz der Republik wird vertagt.
4. Die Bürger des Stadtteils Ostersbaum werden zuvor zu den Plänen der Verwaltung, Abriss des Bunkers und Neubau eines Discountmarktes mit Wohngeschoss, gehört und an der Entscheidung zur künftigen Gestaltung des Platzes und zur Zukunft des Bunkers (Abriss oder Aufwertung) beteiligt.“

Ablehnung (bei einer Stimme der FDP für den Antrag sowie Enthaltungen der SPD-Fraktion und der WfW-Fraktion)

4.1 Optimierung der Verwaltungsabläufe im Rahmen der Gewerbebeanmeldung
CDU-Antrag vom 5. Juli 2005
Vorlage: VO/0891/05

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 31.08.2005:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und –marketing erklärt den Antrag aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (VO/0891/05/1-A) für in der Sache erledigt.

Einstimmigkeit

4.2 Optimierung der Verwaltungsabläufe im Rahmen der Gewerbeanmeldung
Vorlage: VO/0891/05/1-A

Der Rat der Stadt nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung ohne Beschluss entgegen.

5 Beschleunigung von Bauanträgen
Vorlage: VO/0066/05/1-A

Herr Stv. Henke nimmt den Bericht mit „Verwunderung“ zur Kenntnis.

Nach den ergänzenden Ausführungen von F. Hellkötter regt er – ähnlich wie in den Nachbarstädten – an, die Bearbeitung sog. „Mini-Projekte“ anders zu organisieren und dadurch entsprechend zu verkürzen.

Auch wenn die Herren Stv. Reese und Stv. Müller die Tätigkeit der Baubehörde vom Grundsatz her positiv bewerten, so sehen sie weitere Verbesserungspotentiale bei den Bearbeitungszeiten.

Herr BM Bahr weist darauf hin, dass letztlich 94 % der Fälle innerhalb von sechs Wochen bearbeitet werden und hier die Bürgerberatung sehr gute Arbeit leistet.

Frau Hellkötter stellt klar, dass die Verwaltung an weiteren strukturellen Verbesserungen arbeitet, es sich bei einer nahezu konstanten Zahl von „Bearbeitungsvorgängen“ (Nachbarschaftsbeschwerden, ordnungsbehördliche Verfahren neben den eigentlichen Bauanträgen) letztlich aber auch um eine Ressourcenfrage handelt.

Sie schlägt vor, jeweils zu Jahresbeginn einen detaillierten Bericht zur Verfahrensdauer vorzulegen und so dem Ausschuss Gelegenheit für eine Diskussion zu geben.

Auf Bitte von Herr Stv. Henke soll diese Vorlage auch Verfahrensvorschläge für die „einfachen“ Fälle beinhalten.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 31.08.2005:

Der Vorschlag der Verwaltung, jeweils zu Jahresbeginn einen Bericht über die Bearbeitung von Bauanträgen vorzulegen, wird angenommen. Dabei soll auch eine Information über Vergleichszahlen anderer Städte, wie z. B. Solingen, erfolgen.

Einstimmigkeit.

6 Aufstellungsbeschluss zum Denkmalsbereich " Briller Viertel "
Vorlage: VO/0977/05

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 31.08.2005:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und –marketing erbittet eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung und vertagt das Thema auf die nächste Sitzung am 19.10.05.

Einstimmigkeit.

7 Öffentlichkeit im Gestaltungsbeirat
Vorlage: VO/0909/05

An die vorhergegangene Diskussion anknüpfend und aufgrund der Erfahrungen im Gestaltungsbeirat hinterfragt Herr BM Bahr auch die Rolle der Politik kritisch.

Herr Stv. Henke empfindet die Schlussfolgerung der Verwaltung als nicht zwingend und spricht sich im Falle einer Zustimmung der Betroffenen für eine öffentliche Behandlung einzelner Bauvorhaben im Gestaltungsbeirat aus.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 31.08.2005:

1. Der Bericht der Verwaltung wird entgegen genommen.
2. Die Sitzungen des Gestaltungsbeirates sind entsprechend der bisherigen Geschäftsordnung weiterhin nicht öffentlich.

Stimmenmehrheit (bei zwei Gegenstimmen der Fraktion B 90/Grüne und der FDP-Fraktion).

8 Fortschreibung des Wuppertaler Mietspiegels zum 01.01.2006
Vorlage: VO/0919/05

Die Verwaltung wird den aus dem Jahr 2004 fortgeschriebenen Mietpreisspiegel als Anlage zum Protokoll verteilen.

Die Ausführungen werden ohne Beschluss entgegen genommen.

9 Bergische Initiative zur Bekämpfung von Leerständen in den Innenstädten
Vorlage: VO/0932/05

Für Herrn Riedesel machen die Dokumentationen deutlich, dass die Stadt jeweils eigene Konzepte entwickeln. Wünschenswert für zumindest Wuppertal ist für ihn eine Immobilienbörse per Internet, ähnlich der einiger Ruhrgebietsstädte.

Da es seit ca. 5 Jahren kein schlüssiges Wuppertaler Einzelhandelskonzept gibt, sieht er Probleme in dem Spannungsverhältnis der Ansiedlung „großer“ Investoren und bestehendem Einzelhandel, die ein entsprechendes Schreiben des Oberbürgermeisters bestätigt. Er rät daher dringend, das regionale und das lokale Einzelhandelskonzept baldmöglichst zu erstellen und zusammenzuführen.

Herr Sattler teilt diese Einschätzung und weist in diesem Zusammenhang auf die Planungshoheit und die Ausübung entsprechender Ermessungsspielräume der Gemeinde hin.

Herr Beig. Uebrick erläutert, dass das lokale Einzelhandelskonzept erarbeitet ist, vor einem Ratsbeschluss jedoch ein regionales Konzept eingefordert wurde. Dieses kann den Gremien vermutlich zu Jahresbeginn vorgelegt werden. Auf dieser Grundlage ist dann die Fortschreibung des lokalen Einzelhandelskonzeptes möglich.

Die Herren Stv. Reese, Müller und Bahr beurteilen den hier eingeschlagenen Weg als nach wie vor richtig.

Unter Hinweis auf das spätestens Anfang 2006 vorzulegende regionale Einzelhandelskonzept wird der Bericht ohne Beschluss entgegen genommen.

10 Regiobahnverlängerung von Mettmann-Stadtwald nach Wuppertal
Vorlage: VO/0716/05

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Hombrecher erklärt Herr Beig. Uebrick, dass die Entscheidung für neue Variante der Nord-Route in Abstimmung mit Mettmann erfolgt ist. Für die Finanzierung bedeutet dies, dass das zwar teurere Gesamtpaket dagegen von mehreren Beteiligten getragen wird. Zusätzlich erhoffen sich die Beteiligten positive finanzielle Auswirkungen durch die Ausschreibung.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 31.08.2005:

1. In Abänderung des Ratsbeschlusses vom 15.12.1997 (Drs.-Nr. 3223/97) wird die neue Trassierung im Bereich Dornap-Hahnenfurth mit dem zusammengelegten neuen Haltepunkt Hahnenfurth-Düssel beschlossen. Die Reaktivierung des ehemaligen Haltepunktes Dornap-Hahnenfurth entfällt.
2. Die Stadt Wuppertal, im Einvernehmen mit der WSW AG, und der Kreis Mettmann bitten die Geschäftsführung der Regiobahn GmbH, die Beschlussfassung zur Regiobahnverlängerung von Mettmann-Stadtwald nach Wuppertal-Vohwinkel bzw. optional nach Wuppertal-Hauptbahnhof für die Gesellschafterversammlung und den Aufsichtsrat kurzfristig vorzubereiten.
3. Der Zweckverband VRR (ZV VRR) wird gebeten, gemeinsam mit der Regiobahn GmbH auf Grundlage des Beschlusses von Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat der Regiobahn GmbH vom 23.06.2005 kurzfristig einen realisierbaren Lösungsvorschlag hinsichtlich der Finanzierung der Betriebskosten und der Infrastruktur zu erarbeiten, der die Ausschreibung einer Dienstleistungskonzession für den Fahrbetrieb und die Bewirtschaftung der Eisenbahninfrastruktur für einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren in Verbindung mit einem Public Private Partnership (PPP) -Modell unter Einbeziehung der Verlängerung nach Wuppertal umfasst.
4. Das Ministerium für Bauen und Verkehr NRW und die Bezirksregierung Düsseldorf werden gebeten, das Planfeststellungsverfahren für die Regiobahnverlängerung und das damit zusammenhängende Änderungsverfahren des Gebietsentwicklungsplanes '99 positiv und zügig zu begleiten sowie die Finanzierung der Infrastrukturkosten (in Summe rd. 24,7 Mio €) im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) sicherzustellen.

Einstimmigkeit

11 Antrag der Stadt Wuppertal auf Änderung des Regionalplanes im Bereich W-Dornap (Verlängerung Regiobahn)
Vorlage: VO/0931/05

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing

vom 31.08.2005:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Änderung des Regionalplanes für den Bereich Wuppertal- Dornap entsprechend dem beigefügten Entwurf zu beantragen.

Einstimmigkeit

12 Erweiterung des Zweckverbandes "Erholungsgebiet Ittertal"
Vorlage: VO/0937/05

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 31.08.2005:

Dem Votum des Ausschusses für Umwelt vom 30.08.05 folgend vertagt auch der Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und –marketing Beratung und Beschlussfassung auf Hauptausschuss und Rat.

Einstimmigkeit

13 Änderung der Stellplatz-Ablösungs-Satzung
Vorlage: VO/1066/05

Herr Beig. Uebrick erläutert die aus aktuellen Anlass vorgelegte Drucksache und geht auf Bitte der Herren Stv. Henke und Bahr insbesondere auf die Frage einer Gleichbehandlung von Umnutzungs-/Bauanträgen ein.

Nach der Klärung dieser Fragen begrüßen die Ausschuss-Mitglieder die vorgeschlagene Änderung ausdrücklich.

Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing vom 31.08.2005:

Der Rat beschließt die 2. Änderung der Satzung über die Festlegung der Gebietszonen und die Höhe des Geldbetrages nach § 51 Absatz 5 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ablösung der Verpflichtung zur Herstellung von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge - Stellplatz-Ablösungs-Satzung vom 27.9.2001 - gemäß Textanlage 1.

Einstimmigkeit (bei einer Enthaltung der WfW-Fraktion)

Jürgen Hardt
Vorsitzender

Petra Paßmann
Schriftführerin